

Inhaltsverzeichnis

1. MSLGroup
2. Bundesverband der Deutschen Industrie
3. Deutsche Post

MSLGROUP

Die **MSLGROUP** ist Teil der **Publicis-Gruppe**, zu der auch **Leo Burnett** und **Saatchi & Saatchi** gehören. Das Unternehmen, mit Sitz in Paris, zählt zu den weltweit größten **PR-Agenturen**.

^[1] Die Agentur ist in Deutschland vor allem für die begleitende Kommunikation der Shell-Jugendstudie bekannt.^[2]

Die MSLGROUP organisiert die Kampagne des **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI) für das Freihandelsabkommen **Transatlantic Trade and Investment Partnership** (TTIP).^{[3][4]}

Um die Beratung kümmern sich MSL-Chef Salazar und Etatdirektorin Jessica Rusch, für die Kreation ist Hans Burmeister verantwortlich.

MSLGROUP	
Rechtsform	Subsidiary
Tätigkeitsbereich	Public Relations, Lobbying, Events
Gründungsdatum	1938
Hauptsitz	Paris
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Gaulois 18, 1040 Brussels
Webadresse	mslgroup.com

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Organisationsstruktur und Personal	2
2.1 MSL-Partner Daniel Holefleisch und Außenministerin Annalena Baerbock	3
3 Finanzen	3
4 Lobbystrategien und Einfluss	3
5 Fallstudien und Kritik	3
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
7 Einzelnachweise	3

Kurzdarstellung und Geschichte

- 1938 Gründung von MSL Worldwide als Agentur für strategische Beratung
- 1982 MSL Germany wird am deutschen Markt tätig

Organisationsstruktur und Personal

Global:

- Olivier Fleurot, CEO

Deutschland:

- Wigan Salazar, CEO
- Axel Wallrabenstein, Chairman

MSL-Partner Daniel Holfleisch und Außenministerin Annalena Baerbock

Seit 2022 ist **Daniel Holfleisch** Partner bei MSL.^[5] Holfleisch hatte zuvor zwischen 2004 und 2017 bei **Bündnis 90/ DIE GRÜNEN** und von 2017 bis 2021 als Lobbyist für die **Deutsche Post** gearbeitet. Er war 2007 bis 2024 der Ehemann von **Annalena Baerbock**, die im Wahlkampf 2021 angekündigt hatte, dass ihr Mann seinen Lobby-Job bei der Post aufgeben würde, wenn sie ein Regierungsamt antreten würde^[6]. Das ist dann auch passiert, noch bevor Baerbock Ende 2021 Außenministerin wurde. Der Wechsel zur **Lobbyagentur MSL** nur wenige Monate später rief dann allerdings deutliche Kritik hervor. LobbyControl kommentierte: "Baerbock hatte im Wahlkampf angekündigt, dass ihr Mann seinen damaligen Lobby-Job bei der Post ganz klar nicht fortführen könne, "wenn ich ein Regierungsamt annehme". Nun ist sie in einem Regierungsamt - und es nicht erkennbar, warum die Tätigkeit für eine Lobbyagentur besser vereinbar wäre, als die Lobbytätigkeit für die Deutsche Post. Im Gegenteil, denn MSL ist für viele verschiedenen Kunden tätig, mitunter auch für ausländische Regierungen. Vor einigen Jahren etwa für Saudi-Arabien."^[7]

Finanzen

Der Umsatz der Organisation aus der Lobbyarbeit, die für die Klienten bei den EU-Organen getätigt wurde, betrug im Geschäftsjahr 01/2012-12/2012 nach Angaben im EU-Transparenzregister zwischen 700000 €. Größte Kunden der Agentur waren dabei Pokerstars und Industrievärden.^[8]

Lobbystrategien und Einfluss

Auf der [Webseite](#) des Unternehmens finden sich ausgewählte Beispiele zu Kampagnen. Unter dem Titel „Inside Brussels“ äußern sich bei der MSLGROUP monatlich Mitarbeiter_innen zu aktuellen Themen der europäischen Politik.^[9]

Fallstudien und Kritik

- Im August 2000 wurde MSL von der US-Army engagiert, um den Start der neuen Kampagne *Army of one* durchzuführen. Unter anderem sollte die Kampagne die breiten Karrieremöglichkeiten in der US-Army betonen.^{[10][11]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Top 10](#), abgerufen am 11.12.2013
2. ↑ [Gewinner: MSLGROUP Germany für Shell Deutschland](#), Meldung auf der Webseite von MSL Germany, abgerufen am 29.04.2014
3. ↑ [BDI und MSL Group trommeln für Freihandelsabkommen](#), *Horizont*, 2. Oktober 2015, Webseite *horizont*, abgerufen am 08. 12. 2015

4. ↑ Die deutsche Industrie engagiert sich für ein starkes TTIP, 18. September 2015, Webseite VCI, abgerufen am 08. 12. 2015
5. ↑ MSL Team www.mslgroup.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ Baerbocks Mann gibt Lobby-job bei DHL auf www.tagesspiegel.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ Lobbycontrol auf Twitter www.twitter.com, abgerufen am 29.07.2022
8. ↑ Eintrag zur MSLGROUP im Transparenzregister der EU, abgerufen am 11.12.2013
9. ↑ MSL:Insights, abgerufen am 11.12.2013
10. ↑ Profil von Michael King qorvis.com, abgerufen am 29.04.2014
11. ↑ An Army of One http://www.holmesreport.com, abgerufen am 29.04.2014

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie

h

Gründungsdatum 19. Oktober 1949

ngsdatum

um

Hauptsitz Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro BDI/BDA The German Business

üro EU Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

Webadresse bdi.eu

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	5
1.1 Allgemeines	5
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	6
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	6
1.4 Public Private Partnership (PPP)	7

2 Fallstudien und Kritik	7
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	7
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	8
2.3 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	8
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	10
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	10
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	10
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder	11
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	11
2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	11
2.10 Lobbyisten in Ministerien	11
2.11 Bundesbeamte beim BDI	13
2.12 Seitenwechsel	13
3 Organisationsstruktur und Personal	13
3.1 Das Präsidium	13
3.2 Der Vorstand	13
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	13
3.4 Mitgliedsverbände	14
3.5 Landesvertretungen	14
4 Geschichte	14
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
6 Einzelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmengespräche (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft

- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership \(PPP\)](#)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[9]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipmentskontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[10]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende [Verbandsklagerecht](#).^{[11][12][13]} Der BDI sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“.^[14]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[15] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen.^[16]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[17]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht^[18], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.^[19] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“^[20]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“.^[21]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ ^[22]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt. ^[23]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen. ^[24]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[25] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. ^[25]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt. ^[26] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021). ^[27] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. ^[28] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken. ^[29]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“. ^[30] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein. ^[31]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen. ^[26]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[32] Noch im Juli 2020 hatte der [Seitenwechsler](#) und BDI-Geschäftsführer [Joachim Lang](#) das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuhete. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[28]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[28] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[33]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[34]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[35]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu [TTIP](#) zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[36], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut "Kölner Stadt-Anzeiger" (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[37]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[38] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[39]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[41]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[42]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[43]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[44]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[45][46]}
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 - 31.03.2008 ^[47]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[48][46]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[49] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten ^[48]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[50]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-
Bearbeitete Themen	

Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[51], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[52]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[53]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des **Instituts der deutschen Wirtschaft** und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA), der Präsident des **Deutschen Industrie- und Handelskammertag** (DIHK), der Direktor des **Instituts der deutschen Wirtschaft** sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion Name

Hauptgeschäftsführerin **Tanja Gönner** (CDU) Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Stellv.

Hauptgeschäftsführer **Holger Löscher**

Quelle: ^[54] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmervverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmervverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmervverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[55]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände« gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der »Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[56] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber

trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[57] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[58]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
- ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
- ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
- ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
- ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
- ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- ↑ [Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
- ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Fachgespräch am 06.04.2022](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI](#), bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
- ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
- ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftsflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
- ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024

23. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
24. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ ^{25,025,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
26. ↑ ^{26,026,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
27. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ ^{28,028,128,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
30. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
33. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
34. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
35. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
36. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
37. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
39. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
40. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
44. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)

45. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
46. ↑ ^{46,046,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
47. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
48. ↑ ^{48,048,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
49. ↑ [Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010](#), Stand: 21.03.2011
50. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen](#). Letzter Zugriff: 25.04.2012
51. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
52. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
53. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
54. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
55. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
56. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
57. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
58. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.](#)", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Deutsche Post

Die Deutsche Post AG (**Deutsche Post**) mit Sitz in Bonn ist das weltweit führende Unternehmen für Logistik und Briefkommunikation. Sie entstand aus der Privatisierung der Behörde Deutsche Bundespost. In der Öffentlichkeit tritt der Konzern unter der Bezeichnung "Deutsche Post DHL Group" auf. Im Jahr 2020 erzielte der Konzern einen Umsatz von mehr als 66 Milliarden Euro und beschäftigte rund 570.000 Mitarbeiter*innen in über 220 Ländern und Territorien.^[1]

Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz der Deutschen Post ist **Oliver Rösler**, der zuvor für die CDU als Bereichsleiter für Marketing und Interne Kommunikation tätig war.^[2]

Den Posten von Rainer Wend (ehem. SPD) als Cheflobbyist in Berlin hat mit Volker Ratzmann ein weiterer Ex-Politiker (Die Grünen) übernommen. Ratzmann war zuvor baden-württembergischer Staatssekretär und Dienststellenleiter und Leiter der Abteilung Politische Angelegenheiten der Vertretung des Landes Baden-Württemberg, sowie für die Grünen im Abgeordnetenhaus in Berlin.^[3]

Deutsche Post AG bzw. Deutsche Post DHL Group

[[Bild:<date>|center]]

Branche	Logistik
Hauptsitz	Charles-de-Gaulle-Str. 20, Bonn
Lobbybüro Deutschland	Friedrichstraße 82, Berlin
Lobbybüro EU	Avenue d'Auderghem 22-28, Brüssel
Webadresse	www.dpdhl.com

2017 bis 2021 war Daniel Holefleisch, damaliger Ehemann von Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock als Lobbyist für die Deutsche Post tätig. Seinen Posten als "Senior Expert Corporate Affairs" in der Konzernrepräsentanz in Berlin gab er 2021 auf, nach dem Baerbock Außenministerin geworden war.^[4] Das hatten er und Baerbock vorher für den Fall eines Wahlsieges angekündigt.^{[5][6]}

In Brüssel ist der ehemalige SPD-Ministerpräsident von Schleswig Holstein Torsten Albig seit 2017 als Lobbyist für den Konzern beschäftigt. Er ist damit Nachfolger von Christian Dürig, der in den 90ern Bundesgeschäftsführer der CDU war.^[7] Mitra Qurban, seit 2018 Director of Public Affairs in Brüssel, hat bis zu ihrem Wechsel zur Deutschen Post im Jahr 2011 bei "Netzwerk Berlin", einem Zusammenschluss von SPD-Abgeordneten gearbeitet.^[8]

Inhaltsverzeichnis

1 Sponsoring	18
2 Einflussnahme auf die Arbeitsmarktpolitik über das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)	18
3 Struktur und Akteure	19
3.1 Vorstand der Deutschen Post AG	19
3.2 Aufsichtsrat der Deutschen Post AG	19
3.3 Lobbyist:innen	19
4 Mitgliedschaften	19
5 Weiterführende Informationen	20
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
7 Einzelnachweise	20

Sponsoring

Die Deutsche Post AG DHL Group darf laut Parteiengesetz nicht an Parteien spenden, da sie noch teilweise Staatskonzern ist. Das Sponsoring beispielsweise von Parteitag ist aber bisher nicht geregelt.^[9] So wurden 2018 die SPD „Führungsakademie soziale Demokratie“ und der Parteitag von der Deutsche Post DHL mit 20.000 Euro mitfinanziert. Ebenso bekamen die FDP und die CDU und CSU finanzielle Unterstützung für Parteitage, allerdings ohne Angabe über die Höhe. Auch die Grünen erhielten Unterstützung für ihre Bundesdelegiertenkonferenz, mit 3.250 Euro jedoch verhältnismäßig wenig.^[10]

Einflussnahme auf die Arbeitsmarktpolitik über das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Die [Deutsche Post-Stiftung](#), eine Stiftung der Deutschen Post, ist alleiniger Gesellschafter und Hauptfinanzier des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA). Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, [Klaus Zumwinkel](#). Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber:innen, zu denen auch der Post-Konzern gehört: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[11] Seit 2016 leitet Hilmar Schneider das IZA. Sein Vorgänger Zimmermann forderte, auch den Arbeitsmarkt in das Freihandelsabkommen [TTIP](#) einzubeziehen.^[12]

Struktur und Akteure

Die Deutsche Post AG ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft. Die Anteile der die Bundesrepublik Deutschland wurden in den vergangenen Jahren an die KfW übertragen mit dem Ziel, die Deutsche Post vollständig zu privatisieren. ^[13]

Vorstand der Deutschen Post AG

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Frank Appel (Vorstandsvorsitz). Ihm untersteht u.a. der Zentralbereich "Politik & Regulierungsmanagement"

Aufsichtsrat der Deutschen Post AG

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

Lobbyist:innen

Wichtige Lobbyist:innen sind:

- **Oliver Rösler**, Leiter der Berliner Konzernrepräsentanz
- **Alexander Kirschall**, Leiter der EU-Repräsentanz, Vorsitzender der Steuerungsgruppe ("Steering Committee") der [European Logistics Platform](#)
- **Mitra Qurban**, "Director of Public Affairs" in Brüssel
- **Torsten Albig**, Brüssel, "Vice President Corporate Representation"

Ehemalige

- **Rainer Wend**, Zentralbereichsleiter Politik und Unternehmensverantwortung
- **Daniel Holefleisch**, Public Affairs, Berlin

Cheflobbyist bis 2020. Der SPD-Politiker **Rainer Wend** war bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und bis 2005 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit. Wend war bis 2018 Präsident des Netzwerks [Europäische Bewegung Deutschland](#) und war Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). ^[14] Wends Posten hat Volker Ratzmann (Grünen) übernommen.

Mitgliedschaften

Die Deutsche Post ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Alliance for European Logistics](#) (AEL)
- [Association for European Airlines](#) (AEA)
- [Deutsches Aktieninstitut](#) (DAI)
- [European Logistics Platform](#) (ELP)
- [European Association for Forwarding, Transport, Logistics and Customs Services](#) (CLECAT)
- [European Express Association](#) (EEA)
- [European Multi-Channel and Online Trade Association](#) (EMOTA)

- [European Services Forum \(ESF\)](#)
- [Federation of European Direct and Interactive Marketing\] \(FEDMA\)](#)

Weiterführende Informationen

[Angaben im EU-Transparenzregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Daten & Fakten, Webseite pdhl](#), abgerufen am 21. 05. 2021
2. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
3. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
4. ↑ [Daniel Holefleisch hat Lobbyjob bei Deutscher Post beendet](#) spiegel.de vom 28.12.2021, abgerufen am 27.11.2024
5. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
6. ↑ [n-tv: Falls Baerbock Kanzlerin wird: Ehemann wäre Vollzeit-Vater](#), n-tv vom 16. 05. 2021, abgerufen am 21. 05. 2021
7. ↑ [Elisabeth Niejahr: Die Seitenwechsler des Jahres, Wirtschaftswoche vom 19.12.2017](#), abgerufen am 21. 05. 2021
8. ↑ [LinkedIn-Profil](#), abgerufen am 21. 05. 2021
9. ↑ [Albert Funk: Modell Bahn: Wie Parteien Geld vom Staatskonzern bekommen. Der Tagesspiegel vom 22. 07. 2020](#) abgerufen am 21. 05. 2021
10. ↑ [abgeordnetenwatch: Lobbyismus auf Parteitagen vom 12. 03. 2020](#) abgerufen am 21. 05. 2021
11. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann: Wie frei ist unsere Welt?](#), Capital online vom 13. 06. 2013, Webseite abgerufen am 19. 02. 2014
13. ↑ [Beteiligung des Bundes: Deutsche Post AG](#), abgerufen am 21. 05. 2021
14. ↑ [politik&kommunikation vom 10. 01. 2020](#), abgerufen am 21. 05. 2021